

Menschen aufnehmen statt Asylrecht untergraben!

Utl.: Asylkoordination, Diakonie, Plattform für eine menschliche
Asylpolitik, SOS Balkanroute und Volkshilfe kritisieren
Westbalkan-„Rückführungsplan“ =

Wien (OTS) - Anlässlich der aktuell stattfindenden Reise von
Innenminister Karl Nehammer nach Nordmazedonien, Serbien und Bosnien
üben zahlreiche Initiativen aus der Zivilgesellschaft scharfe Kritik
an dessen geplantem „Rückführungsplan“.

„Wenn Österreich den Westbalkanländern helfen will, dann soll es
diese Länder beim Aufbau von rechtstaatlichen Asylverfahren
unterstützen. Wenn allerdings Menschen, die in diesen Ländern keine
fairen Verfahren erwarten können, einfach abgeschoben werden sollen
und Österreich dabei hilft, macht es sich zum Komplizen eines
Völkerrechtsbruches“, kritisiert Maria Katharina Moser, Direktorin
der Diakonie Österreich.

„Die Vertiefung der Zusammenarbeit mit der EU-Agentur FRONTEX ist
ein falsches Zeichen,“ erklärt Lukas Gahleitner-Gertz, Sprecher der
asylkoordination österreich. „Die Vorwürfe gegen Frontex umfassen
inzwischen unterschiedlichste Bereiche von unterlassener
Hilfeleistung über Beteiligung an illegalen Push Backs bis zur
Verschwendung von Steuergeldern bei ausufernden Betriebsfeiern. Statt
auf die strikte Einhaltung der völker- und menschenrechtlichen
Verpflichtungen zu pochen, stärkt Österreich der umstrittenen
Grenztruppe den Rücken.“

Ztl: Schwere Defizite in den Asylsystemen am Westbalkan
„Im Flüchtlingsschutz müssen wir immer die Menschen im Auge haben,
die Schutz suchen. Ich habe bei meiner Reise nach Bosnien selbst
gesehen, unter welchen Bedingungen Geflüchtete leben müssen. Für mich
ist klar: Diejenigen, die Schutz vor Verfolgung brauchen müssen durch
faire Asylverfahren zu ihrem Recht kommen“ sagt Erich Fenninger,
Direktor der Volkshilfe Österreich und Sprecher der Plattform für
eine menschliche Asylpolitik.

Die Asylverfahren in Bosnien, Serbien und Nordmazedonien weisen
schwere Defizite auf. Aus Sicht der EU Staaten gelten sie nicht als
sichere Drittländer. Das heißt: Asylsuchende, die es bis in die EU
schaffen, dürfen nicht in diese Länder zurückgeschoben werden, weil

diese ihrerseits nicht garantieren können, dass sie nicht Flüchtlinge ohne menschenrechtskonforme Verfahren ausweisen. Dadurch droht die Gefahr von Kettenabschiebungen bis ins Herkunftsland. „Es also ist kein Wunder, dass Menschen, die auf der Flucht sind, versuchen in EU-Länder weiterzureisen, weil sie in Bosnien, Serbien und Nordmazedonien keine Sicherheit und keinen dauerhaften Schutz finden können“, meint Petar Rosandi, Sprecher der Initiative SOS Balkanroute. Stattdessen werden diese Menschen kriminalisiert. Nicht die Migration ist illegal sondern die gewaltsamen Push-Backs der kroatischen Grenzpolizei. „Es kommen täglich neue hässliche Bilder hinzu. Und Nehammer befasst sich scheinbar damit, wie man die Bilder noch hässlicher machen kann. Es ist eine Schande“, so Rosandi weiter.

Bis das Ziel erreicht ist, dass auch diese Länder Verfolgten Schutz und Sicherheit bieten können, liegt es in der humanitären Verantwortung Österreichs, sie durch Aufnahme von Schutzsuchenden zu unterstützen. Mit den österreichischen Abschottungsfantasien, genannt: „Rückführungsplan“ setzt sich Österreich abermals an die Spitze der Scharfmacher in Europa. Noch bevor die Verhandlungen über den EU-Asyl und Migrationspakt richtig begonnen haben, versucht Innenminister Nehammer bereits die darin beschriebene „neue Solidarität“ zu untergraben, kritisieren die zivilgesellschaftlichen Organisationen.

~

Rückfragehinweis:

David Albrich

Koordinator der Plattform für eine menschliche Asylpolitik

T: 0681 2085 8466

M: presse@menschliche-asylpolitik.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/18277/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0165 2021-04-28/13:40

281340 Apr 21

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210428_OTS0165